Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 18. Dienstag den 22. Januar. 1850.

Inhalt.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 23sten d. Nachmittags 3 Uhr, öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Hauptgegenstände der Verhandlung: 1) Pflasterung der Mühlstraße; 2) der Wallischeier Brückenzoll-Tarif; 3) Errichtung von Gewerbe-Gerichten. G. Müller.

Berlin, den 17. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den General-Lieutenant von Selasinsky zum vorsitzenden Mitgliede der General-Ordens-Kommission zu ernennen; und dem Ober-Amtmann Ackermann zu Rotzis den Charakter als Amtsrath zu verleihen.

Se. Durchlaucht der General der Infanterie und General-Gouverneur von Neu-Vorpommern, Fürst zu Putbus, ist von Putbus hier angekommen. — Der Erb-Landmarschall im Herzogthum Schlesien, Graf von Sandretzky-Sandraschütz, ist nach Langenbielau, und der bisherige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika am hiesigen Hofe, Hannegan, nach Köln abgereist.

Politische Wochenschau vom 14. bis 20. Januar.

Die Schwüle in der politischen Atmosphäre dauert noch fort, die Entscheidung der Kammern über Annahme oder Ablehnen der Propositionen in der Königl. Botschaft ist noch nicht erfolgt. — Noch fehlt die Gewißheit, ob die Männer, welche das Staatsschiff mit kühner Hand aus dem jähen Strudel rissen, es auch bis in den sichern Hafen führen werden. Man mag über das Ministerium, das bis jetzt an der Spitze stand, denken wie man will, jedenfalls wird im Allgemeinen der Wunsch vorwalten, es möge bleiben, bis das Verfassungswerk vollendet, indem durch einen Wechsel, schon seiner Motive wegen, die Vollendung wieder in ungewisse Weite hinausgeschoben werden würde. Manche Gerüchte tauchen auf, zum Theil erzeugt von der Phantasie, zum Theil aus wirklich verhandenen Quellen. So verbreitete sich im Anfange der vergangenen Woche zuerst die Nachricht, daß ein geheimes Bündniß zwischen Preußen, England und Frankreich geschlossen sei; jetzt macht das Gerücht dieses Bündniß abhängig von dem Annehmen oder Ablehnen der Regierungsvorlagen, und je nach der Nachgiebigkeit oder der Feindlichkeit Oesterreichs gegen den Bundesstaat, ob dies Bündniß, oder ein anderes mit Oesterreich und Rußland zu Stande kommen werde. In wie weit diese Gerüchte begründet sind, können wir nicht beurtheilen. Nach den neuesten Nachrichten soll der Entschluß des Königs feststehen, im Fall die Propositionen nicht angenommen werden, die Sanction der übereinstimmenden Beschlüsse beider Kammern mit der wiederholten Erklärung, daß die also modifizirte Verfassung Landesgesetz sei, zu ertheilen, dieselbe jedoch nicht zu beschwören, weil dieselbe in Betreff der Bildung einer gesetzgebenden Gewalt zu unvollständig sei. — Da in Berlin diesmal die erste und zweite Abtheilung für Erfurt zusammen wählt, so ist die Beschaffung der hinreichenden Lokale mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Wie es heißt, soll ein Plan des Stadtraths Risch höhern Orts Beifall gefunden haben, nach welchem eine Feuerversicherungs-Anstalt, auf Gegenseitigkeit basirt, für das ganze Land ins Leben treten soll. Hierdurch würden dem Staate allerdings große Summen erhalten, die jetzt für ähnliche Institute ins Ausland gehen. Für Erfurt soll das Ministerium mit einer Annahme en bloc der Verfassung in so fern einverstanden sein, als eine sofortige Revision nachfolge. Die Friedensunterhandlungen mit Dänemark haben am Donnerstag begonnen. Zum Frühjahr soll die Armee in allen ihren Corps vollständig auf dem Kriegsfuße stehn, um für alle Eventualitäten bereit zu sein; wie es heißt, werden vom Herbst an, incl. der Frühjahrsaushebung, 250,000 Mann ausgehoben.

Deutschland. Würtemberg. Aus allen Theilen des Landes von Männern liberal-conservativer Gesinnung werden Kungebungen für den Anschluß an das engere Bündniß laut, und desfallsige Einleitungen vorbereitet. Die öffentlichen Erklärungen zu Gunsten Erfurts mehren sich täglich, nur der König und das Ministerium sind noch dagegen. — Sachsen. Das Ministerium weigert sich den Belagerungszustand aufzuheben, da in Schrift und That die Beweise vorlägen, daß die Umsturzpartei ihre Pläne noch keineswegs aufgegeben, namentlich viel Versuche gemacht würden, das Militär zum Abfall zu verleiten. — Die Regierung ist definitiv dem Protest Oesterreichs gegen das Erfurter Parlament beigetreten. — Baden. Die neue Organisation der Armee tritt nun in's Leben und zwar wird die Kavallerie zuerst formirt. 1 Regiment à 4 Eskadrons in Mannheim, die dann sofort sich zum Abmarsch bereit halten sollen. Eins ist in Carlsruhe à 2 Eskadrons und ein eben solches in Bruchsal. — Hamburg. Am 14. Januar war das Collegium der 180er versammelt und beschloß nach langer Discussion die unveränderte Annahme des Entwurfs, wie ihn die sogenannte 9er Commission vorgelegt hatte.

Oesterreich. Die Landes-Verfassungen werden rasch eine nach der anderen veröffentlicht, der Wahlmodus ist dem vom Ministerium Brandenburg aufgestellten nachgebildet. — Seit mehreren Wochen bemüht man sich, jedoch ohne Erfolg, ein neues Anlehen abzuschließen; Rothschild hat den Antrag gänzlich von der Hand gewiesen. — Noch immer dauern die Truppenmärsche nach Böhmen fort; 80,000 Mann sollen bereits zusammengezogen, und namentlich stark mit Artillerie, Pontonbrücken, Sanitätswagen ꝛc. versehen sein. Freilich ist das Ganze in ein undurchdringliches Geheimniß gehüllt, jedenfalls aber für eine bloße Demonstration etwas viel. In Bosnien werden ebenfalls große Truppenmassen zusammengezogen, und sämmtliche Landesfestungen werden armirt und verproviantirt; da wird es freilich der K. R. Regierung recht störend sein, wenn das Geld ausbleibt, und Rothschild nichts herausrücken will; deshalb wahrscheinlich hat man auch der Pesther Judenschaft eine kleine Erinnerung zugehen lassen, daß sie nicht vergessen möchten, die Contribution zu zahlen, und außerdem ihr angekündigt, daß sie Bürgschaft leisten solle für sämmtliche Juden in Ungarn. Mit Ausschluß von Ungarn, Siebenbürgen, Croatien und Slavonien, wo wahrscheinlich nichts zu bekommen, ist in allen Oesterreichischen Staaten eine Einkommensteuer eingeführt. Die Gemüther in Siebenbürgen und der Woiwodina sollen sich immer noch nicht beruhigen. — Die officielle Communikation mit der Pforte ist noch nicht eingetreten, obwohl die Flüchtlingsfrage so gut wie erledigt ist. Man sucht diese Verzögerung in den starken Rüstungen der Pforte, so wie in der zweideutigen Haltung des Divans in der Donaufürstenthümer-Frage. — Die neuesten Nachrichten bringen Gerüchte, daß ein Staatsbanquerot nahe bevorstände, jedermann sucht sich der Papiere zu entäußern, und Großhändler behaupten, daß der rege Waaren-Verkehr nur hierin seinen Grund gehabt.

Frankreich. Bekanntlich hat das Ministerium Vorschläge gemacht, den Sold der Unteroffiziere um 20 Centimes zu erhöhen; sofort kam vom Berge der Antrag, auch den der Gemeinen um 15 Cent. zu vermehren; die Absicht ist ziemlich deutlich. Ein zweiter Antrag daher verlangte Theilung der Gemeindegüter. — Die Regierung fährt fort, energische Maaßregeln zur Aufrechthaltung der Ruhe zu ergreifen. — Ein neuer Gesetzentwurf soll die Maires in eine durchaus abhängige Stellung zu den Präfekten bringen. — 2500 Mann sollen nach Montevideo gesendet werden, um die Unterhandlungen mit Rosas zu unterstützen. — In Paris bemerkt man unruhige Thätigkeit unter den bekannten Anhängern der socialen Republik. — Die geheime Gesellschaft der Rächer hat sich neu organisirt. — Herr Pradie vom Berge macht in der National-Versammlung den Vorschlag, einen gesetzlichen Widerstand im ganzen Lande zu organisiren im Fall eines Staatsstreiches oder einer Usurpation des Kaiserthrons. — Das provisorische Gesetz gegen die Elementarlehrer wird schon mit großer Strenge gehandhabt.

Spanien. Das Gerücht von einer baldigen Auflösung der Cortes gewinnt immer mehr Glauben, da dieselben, von Parteigeist zerrissen, jetzt nur noch aus Fractionen bestehen.

Italien. Turin. Am 9. Jan. hat die Deputirtenkammer, nach lebhafter Debatte, die Ratification des am 6. August in Mailand geschlossenen Friedens genehmigt.

Rußland. Nachträglich erfährt man einige nähere Details über die im vorigen Jahre entdeckte Verschwörung behufs Umsturz der Verfassung. Die Hauptleiter waren der Titularrath Batuschewitsch-Petrascheffski, der Lieut. Mombelli und der Capit. Lwow. Der geheime Bund nannte sich: Brüderschaft zu gegenseitiger Hülfe. 23 Individuen wurden in Folge dessen zum Tode verurtheilt und mit Verbannung nach Sibirien begnadigt.

Polen. Die im Gouvernement Radom ausgebrochene Rinderpest hat über 80,000 Stück Vieh hingerafft. Ihre Richtung nimmt sie besonders nach Süden und ist bereits in Gallizien in großer Ausdehnung ausgebrochen.

Deutschland.

⊙ Berlin, den 18. Jan. Der hinkende Bote kommt nach. Der Stand der Ausgleichungsangelegenheit hat sich seit gestern nicht verbessert, sondern eher verschlimmert; man kann jedoch hoffen, daß eben dieser Rückgang die Männer, die auf eine Versöhnung hinarbeiten, zu erhöhter Thätigkeit anspornen werde. Der König ist heute, wie gestern geneigt, auf die Camphausen'schen Anträge einzugehen, wenn die Frist zur Revision der Steuergesetze bis 1854 verlängert wird. Nach den jüngsten Erkundigungen in den Fractionen der beiden Kammern hätten aber nicht einmal die Camphausen'schen Vorschläge ohne Modificationen auf eine sichere Majorität zu rechnen. Der Tag der Entscheidung rückt heran; möchte der Moment, in welchem es Ernst wird, das Wunder der Versöhnung bewirken! — Die Deutsche Politik des Ministeriums hat sich jetzt entschieden dahin festgestellt, daß es zwar für die sofortige Annahme des Verfassungsentwurfs vom 28. Mai sich erklärt, jedoch unter der Bedingung einer sogleich vorzunehmenden Revision sowohl der Hauptparagraphen der Verfassung, als auch der von den verbundenen Regierungen vorzulegenden Modificationen. Was den Fortgang der Berliner Wahlangelegenheit anlangt, so hat der conservativ-constitutionelle Central-Wahlausschuß, welcher die obenerwähnte Ansicht des Ministeriums in Bezug auf die Deutsche Verfassung theilt, als Candidaten für die Berliner Wahlen nach Erfurt den Minister von Manteuffel und den Wirklichen Geheimenrath Camphausen aufgestellt.

⊙ Berlin, den 19. Jan. Die Pairie fängt an, populär zu werden. Man sieht ein, daß es sich nicht sowohl um die Bevorzugung des alten Adels, als vielmehr um die Gründung einer neuen Aristokratie handle, zu welcher auch mächtige bürgerliche Elemente herangezogen werden. In diesem Sinne scheint sie der Mehrheit der zweiten Kammer annehmbar vorzukommen. Ueberhaupt deuten verschiedene Symptome daraufhin, daß die zweite Kammer anfängt, etwas nachgiebiger zu werden. Die Mehrheit empfindet dringend die Nothwendigkeit einer Verständigung. Man scheint den Plan gefaßt zu haben, in allen secundären Punkten der Regierung entgegenzukommen, soweit es irgend mit der Pflicht der Volksvertretung vereinbar wäre, um dann von der andern Seite her auch wieder die Zugeständnisse zu erlangen, welche nicht bloß im Interesse der Sache liegen, sondern eben so durch die Würde gesetzgebender Körper gefordert erscheinen. Was die Entschlüsse des Königs betrifft, so scheint derselbe sich ein Ziel gesteckt zu haben, das er nicht überschreiten wird. Es ist ganz sicher, daß die Verfassung unbeschworen bleibt, wenn die wesentlichsten der Königl. Vorschläge von den Kammern abgelehnt werden. Der Wirkl. Geh.-Rath Camphausen soll sich in dieser Beziehung von der entschiedensten Festigkeit des Monarchen überzeugt und nachträglich seinen Freunden keine so sichere Hoffnungen gemacht haben, als seine zufriedenen Mienen nach der Unterredung mit dem König vermuthen ließen. Dieser soll persönlich sehr freundlich mit ihm gesprochen, seine Verdienste, seinen guten Willen, eine Ausgleichung herbeizuführen, anerkannt, aber keineswegs allen seinen Propositionen seinen Beifall gegeben haben. Das Beste, was man von der gegenwärtigen Situation sagen kann, ist, daß sie, Eins ins Andere gerechnet, immer noch Hoffnungen bietet und Wege offen läßt. Ein loyales Entgegenkommen von Seiten der Kammern, deren bisheriges „treffliches Einvernehmen" mit der Krone auch in der Deutschen Reform auf das entschiedenste hervorgehoben ist, wird seinen Einfluß auf die letzten Entschließungen der Krone nicht verfehlen.

☾ Berlin, den 19. Januar. Die hier zum Congreß versammelten Deputirten der Zweigvereine und die Vertrauensmänner des Treubunds überreichten gestern Abend 6 Uhr in einer Audienz dem Minister v. Manteuffel die bereits von den Zeitungen gegebene Adresse an das Staatsministerium. Der Herr Minister empfing die zahlreiche Deputation auf das Freundlichste, und erwiderte auf die von Herrn Kuhr an ihn gerichtete Anrede, deren Inhalt sich in der Adresse wiederfindet, Folgendes: Ich kann es nur höchst dankbar anerkennen, wenn Ehrenmänner, wie ich sie um mich versammelt sehe, die Handlungsweise des Ministeriums als mit dem gesunden Sinn des Volkes übereinstimmend bezeichnen. — Das Ministerium wird unter allen Verhältnissen auf der Bahn, die es betreten, fortschreiten, und nur dann seinen Platz vielleicht besseren Kräften überlassen, wenn dasselbe seine Thätigkeit nicht mehr mit den wahren Interessen des Vaterlandes zu vereinigen im Stande wäre.

Der Landrath von Hobe nahm hierauf das Wort. Was die Provinzen anbetrifft, so finden allerdings verschiedene Meinungen über einzelne Gesetze statt. Die Bauern wollen die Regulirung der Grundsteuer rasch; die Gutsbesitzer haben damit keine Eile. — Ueber das Ablösungsgesetz mit dem 18fachen Betrag sind sehr Viele unzufrieden; aber darin ist die größte Mehrzahl einverstanden, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel seinen Platz noch nicht verlassen dürfe. Hierauf erwiderte Herr v. Manteuffel: Irren können wir alle; aber die Versicherung kann ich Ihnen geben, daß wir in unsern Handlungen uns nie von anderen Einwirkungen haben leiten lassen, als die Ehre und Pflicht uns geboten. Unsere Absichten sind rein und lauter.

Der Congreß des Treubundes im Gesellschaftshause geht mit dem heutigen Tage zu Ende. Die Deputirten der Zweigvereine und die Vertrauensmänner vereinigen sich nach dem Schlusse zu einem gemeinschaftlichen Essen, zu dem auch ärmere Mitglieder aus allen Stadtbezirken eingeladen sind.

Berlin, den 18. Januar. Das angeblich auf heute (den 18.) von Sr. M. zu Charlottenburg befohlene Capitel des Schwarzen Adler-Ordens soll dem Vernehmen nach deshalb abgesagt worden seyn, weil mehrere der Ordensritter, namentlich der Minister-Präsident, durch die gegenwärtigen wichtigen Kammer-Verhandlungen am Erscheinen verhindert sind. — (C.-B.) Obschon die preußische Verfassungsfrage Ministerium, wie Parlament sehr in Anspruch nimmt, so vergißt man darüber doch Erfurt nicht. Das Ministerium ist mit den Vorarbeiten für den Erfurter Reichstag nach wie vor beschäftigt und eben so ist der Verwaltungsrath in fortwährender Thätigkeit. Die vorbereitenden Versammlungen der Wähler für Erfurt werden von Mitgliedern beider Kammern vielfach besucht und zum Theil geleitet. — Der, von einem Mitgliede des Central-Ausschusses in Bezug auf die Wahlen zum Erfurter Reichstags gemachte, Vermittelungsvorschlag, welcher dahin geht, daß von den nach Erfurt zu entsendenden Abgeordneten der Verfassungsentwurf sofort anzunehmen und mit den, von den Regierungen vorzulegenden Modifikationen einer unverzüglichen und raschen Revision auf demselben Reichstag zu unterwerfen sei, ist von der großen conservativ-constitutionellen Partei angenommen worden. Jeder Grund zu einem Zwiespalt innerhalb der Gesammtpartei ist mithin beseitigt. Unter den vier Abgeordneten, welche Berlin nach dem Erfurter Reichstag zu senden hat, dürften sich auch der ehemalige Minister Camphausen und der Minister v. Manteuffel, wenn es der conservativ-constitutionellen Partei gelingt, sie durchzubringen, befinden. — Bei der neulich stattgefundenen Zusammensetzung des Schwurgerichts in einer der Kreisstädte Schlesiens fiel die Wahl zum Geschworenen unter Anderen auf eine hochgestellte Person des hiesigen Hofes. Auf die demgemäß wegen des einzuholenden Urlaubs an Se. Maj. den König gerichtete Anfrage, haben Se. Maj., wie wir hören, dem Gewählten nicht bloß gestattet, sondern befohlen, der Verpflichtung nachzukommen, welche jedem unbescholtenen Staatsbürger die Annahme des Amts als Geschworner auferlegt, und wozu aus der Allerhöchsten Umgebung bis jetzt noch Niemand berufen worden.

— Ungeachtet alles Unterhandelns und Parlamentirens rückt die Verfassungsfrage ihrer Lösung um keinen Schritt näher. Wir wollen versuchen, die Stadien, welche sie in den letzten zwei Mal 24 Stunden durchlaufen, in Kürze anzudeuten, nach den Notizen, welche uns darüber zugekommen sind.

In dem vorgestern (Mittwoch), unter dem persönlichen Vorsitze

Sr. Majestät des Königs in Charlottenburg abgehaltenen Ministerrathe, sollen die Camphausen'schen Vorschläge vorzugsweise in Erwägung gezogen worden sein. Anfänglich auf lebhaften Widerstand stoßend, habe nach längerer und gründlicher Berathung die denselben zu Grunde liegende Idee mehr Anklang gefunden. Hr. Camphausen war auf den Abend zu Sr. Majestät nach Charlottenburg beschieden worden, und wie man hört, verließ der genannte Staatsmann den Monarchen mit den besten Hoffnungen auf den Erfolg seiner Bemühungen.

In der Verfassungskommission der zweiten Kammer wurde gestern Abend der von dem Abg. Simson erstattete Bericht erledigt und genehmigt. Sein Antrag auf eine Adresse an den König hat Hr. Simson zurückgezogen. Die anwesenden Minister wurden mehrfach und dringend angegangen, sich darüber zu äußern, ob weitere Propositionen, als die bekannten fünfzehn vom 7. (9.) Januar, zu erwarten seien, oder ob die Regierung sonstigen Vorschlägen ihre Zustimmung gebe. Es wurde darauf hingewiesen, wie ohne eine solche rechtzeitige Aeußerung die Beschlüsse der beiden Kammern sich durchkreuzen könnten, wie überdies die zweite Kammer, in welcher zwei Fraktionen für sich allein die Mehrheit bilden, weit mehr zur Fassung einer vorläufigen Entschließung geeignet sei, als die erste, welche sich in sieben Fraktionen zersplittere. Allein die Minister beharrten bei einem bedeutungs- und bedenkungsvollen Schweigen.

Für den Fall, daß ein Einverständniß über die K. Proposition vom 7. nicht zu erzielen wäre, soll höchsten Orts der Entschluß der Nichtbeschwörung fest stehen. Als Hauptmotiv werde dabei hervorgehoben, daß für eine Verfassung mit einer so großen Unvollständigkeit, wie die über die Bildung einer der gesetzgebenden Gewalten, ein so feierlicher Act nicht am Platze sei. Dagegen wird die Sanction der übereinstimmenden Beschlüsse beider Kammern mit der wiederholten K. Erklärung, daß die also modificirte Verfassung Landesgesetz sei und bleibe, in Aussicht gestellt. Wie sich in diesem Falle die Ministerkrisis gestaltet oder zu Ende geht, ist noch nicht vorauszusehen.

Im Laufe des gestrigen Abends war übrigens in engeren Kreisen die bisher schon nicht eben sehr lebhafte Hoffnung auf eine Ausgleichung durch die Kunde von einem Schreiben an einen hervorragenden Deputirten der ersten Kammer, welches den feststehenden Entschluß des Beharrens auf der K. Botschaft wiederhole, noch mehr herabstimmt. (Const. Ztg.)

Koblenz, den 15. Januar. (Fr. J.) Das Projekt zur Anlage einer Eisenbahn durch das Lahnthal von Gießen hierher, wozu schon von der Nassauischen Behörde vor mehreren Jahren die technische Aufnahme gemacht wurde, erfreut sich hier der lebhaftesten Theilnahme. Die am 27. d. in Limburg stattfindende General-Versammlung dürfte daher von hier aus stark besucht werden. — Vor einigen Tagen haben uns Französische Ingenieure verlassen, welche, im Auftrage einer Pariser Gesellschaft, die in Frankreich schon viele Kettenbrücken erbaut hat, hier den Plan und die Kostenanschläge zu einer Brücke über den Rhein entworfen und der Regierung bereits feste Vorschläge gemacht haben. Die Brücke würde am Salzmagazin unter dem Königl. Residenzschlosse beginnen, zwei feste Feiler im Rhein erhalten und so hoch werden, daß Schiffe mit hohen Masten bei jedem Wasserstande passiren können. Die Kosten sind 550,000 Rthlr., wobei das Gouvernement die Hälfte beizutragen und den Unternehmern das Brückengeld auf 50 Jahre abzutreten hätte. — Obgleich unser neuer Sicherheitshafen noch nicht vollständig ausgetieft ist, haben doch schon viele Fahrzeuge darin Schutz gesucht. — Auf unseren Gebirgen lagert der Schnee fußhoch, man weiß sich seit vielen Jahren keines solchen Schneefalles zu erinnern.

Düsseldorf, den 17. Januar. (Const. Ztg.) Was die Wahlen betrifft, so scheint hier allerdings die demokratische Partei ebenfalls der Wahl entsagen zu wollen; die Conservativen dagegen halten es für ihre Pflicht zu wählen, und sind mit den dazu nöthigen Vorbereitungen eifrig beschäftigt.

Der Major, welcher im Mai vorigen Jahres sich durch Schwäche verleiten ließ, das Gräfrather Zeughaus den Aufständischen zu übergeben, ist nun endlich durch das Kriegsgericht zu fünf Jahren Festungsstrafe verurtheilt worden, indem dabei die mildernde Ansicht vorherrschte, daß damals mancher ehrenwerthe Mann durch die Verwirrung der Zeit zweifelhaft in der Ausübung seiner Pflicht geworden sei. Gleiche Strafe hat der Major erhalten und ist bereits auf Ehrenbreitenstein zur Abbüßung seiner Strafzeit angekommen, welcher das Zeughaus in Prüm nicht vertheidigt, sondern übergeben hat.

Dresden, den 17. Jan. Der Deutsche Ausschuß der zweiten Kammer, welcher anfänglich sehr eifrig an die Lösung der ihm gewordenen Aufgabe zu gehen schien, hat plötzlich seine Berathungen eingestellt; man vermuthet, daß der Grund davon in den neuesten Berliner Verwicklungen liege, deren Ausgang man erst abwarten zu müssen glauben mag, bevor man sich entscheiden könne, ob noch ferner mit gutem Gewissen auf dem Wege, den zu verfolgen die Mehrheit des Ausschusses bisher fest entschlossen schien, voranzugehen sei oder nicht. (Const. Ztg.)

Oesterreich.

Wien den 13. Januar. (Const. Z.) Die Gerüchte über den kalten Empfang des Erzherzogs Johann entbehrten aller Begründung, wie ich gleich vermuthete; verbreitet waren sie allgemein. Es hat einen guten Eindruck im Publikum gemacht, daß man die Gemahlin desselben zur Gräfin zu erheben beabsichtigt. Es wurde längst als ein Curiosum betrachtet, daß die Frau eines Erzherzogs Baronin, und die Söhne beider Grafen sind. Die Wohnung im Michaelerhause hatte übrigens der Erzherzog von jeher bezogen, ja er war von da aus nach Frankfurt gereist.

Gestern waren alle Gemüther in gewaltiger Aufregung. Die von der Reichszeitung und dem Lloyd gebrachte Notiz, daß der in Padua kommandirende General den Professoren der dortigen Universität mit Stockstreichen (!) gedroht, ja zu diesem Ende schon eine Bank habe anfertigen lassen, lief von Mund zu Munde, und die Erbitterung über eine solche Maßregel machte sich in den heftigsten Ausdrücken laut. Ich habe leider aus sehr verläßliger Quelle erfahren, daß dieses Faktum vollkommen wahr sei.

Sehr viel Aufsehen erregt auch das Verbot des Figelmözö, der als Organ der Altconservativen in Ungarn galt. Es ist wahr, daß dieses Blatt alle Wunden, welche die Revolution geschlagen, wieder aufzureißen sich bemühte, um nur die alte Adels-Constitution der Magyaren als die einzig seligmachende Verfassung anzupreisen, und daß in einem Lande wie Ungarn, wo zwar der Ausbruch der Leidenschaften, nicht aber diese selbst gedämpft sind, eine solche Opposition die allergefährlichste ist. Aber alle diese Maßregeln des Verbietens und Confiscirens bringen die erwartete Wirkung nicht hervor, weil sie nicht überzeugen. Das einzige Mittel, das man ergreifen müßte, nämlich ein Journal in magyarischer Sprache zu gründen, welches die Idee des Gesammtstaates vertritt, wird außer Acht gelassen. Die Constituirung Serbiens dient nun den Magyaren als Mittel der Agitation gegen die Regierung, weil dieselben wohl wissen, daß ihnen von den Serben und Südslaven dabei in die Hände gearbeitet wird. Diese sind mit der Ernennung des General Mayerhofer höchst unzufrieden, erstlich weil er ein Deutscher ist, und weil sich derselbe durch seine energische Haltung im Beginne der ungarischen Wirren verhaßt gemacht hat.

Die Regierung schreitet übrigens in der Organisation Ungarns vorwärts, und doch muß man ihr eher vorwerfen, daß sie die alten Verhältnisse noch zu sehr beachte. In dem letzten Vortrage des Justiz-Ministers v. Schmerling, welcher die Einführung gerichtlicher Institutionen in Ungarn bevorwortet, zeigt sich das deutlich. Nur bei den Strafbestimmungen ist die Gleichheit Aller vor dem Gesetze durchgeführt, im Civilprozesse hat der Adel große Vorrechte behalten, die freilich, genau betrachtet, ihm nur zum Schaden gereichen müssen. Es sind nämlich bei der gebotenen Einführung der Grundtafeln und Hypothekenbücher die adeligen Besitzer von dieser Institution noch befreit. — In demselben Vortrage des Justizministers findet sich eine Stelle, welche von der Unmöglichkeit spricht, die neue Strafordnung baldigst in Wirksamkeit zu setzen. Viele ängstliche Gemüther bezogen diesen Passus, der nur für Ungarn gilt, seiner allgemeinen Fassung wegen auch auf die anderen Kronländer. Es ist dem nicht so; ich kann Ihnen die verbürgte Mittheilung machen, daß man die Schwurgerichte mit dem öffentlichen und mündlichen Verfahren bei uns bis Anfang Juni in Thätigkeit gesetzt zu sehen, alle Anstrengungen machen wird.

Die Stimmung Wiens ist übrigens ernster als sonst, man hört ungeachtet des ungewöhnlich kurzen Carnevals wenig von Bällen in den höheren Cirkeln — mit Ausnahme der hergebrachten Hof- und Kammerbälle, — aber auch die unteren Volksklassen strömen den Belustigungsorten nicht wie sonst zu. Gefüllter sind die Theater. In der Burg zieht die Neugierde, Hrn. Laube's erstes Wirken zu beobachten, Viele an. Man spricht von großen Reformen, um dieses einst so berühmte Institut seinem früheren Glanze wenigstens nahe zu bringen. Aber die großen Künstler sind einmal dahin. Erst vorgestern nahm Korn Abschied — eine der letzten Größen aus jener guten klassischen Zeit.

Schweiz.

Genf. Von hier wird der Berner Zeitung von einem Sendling der sardinischen Regierung gefabelt, der den Mazzini lebendig oder todt nach Turin bringen soll. Der Sendling wird Pisetti de Paschetti genannt, und sei den 7. d. verhaftet worden. — Offenbar wieder eine Erdichtung, da die sardinische Regierung den Kopf müßte verloren haben, wenn sie zu solchen Tollheiten griffe. Gewisse Leute leben so von Visionen, daß sie gar nichts mehr glauben, wenn es nicht den Schein des Unglaublichen trägt.

— Die Ausweisung der Soeurs de Charité in Pruntrut wird zu einer internationalen Streitfrage führen, indem die Ausgewiesenen die Verwendung der französischen Regierung in Anspruch genommen haben. (N. Z. Z.)

Frankreich.

Paris, den 13. Jan. (Köln. Z.) Die Artikel des „Napoleon" gegen die National-Versammlung finden in der hiesigen Presse eine fast einstimmige Opposition, und es heißt, daß auch Seitens der National-Versammlung und zwar von Mitgliedern der Rechten und der Linken zugleich, Interpellationen an das Ministerium über gewisse Artikel dieses Blattes gerichtet werden sollen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dasselbe seine Eingebungen von dem Präsidenten der Republik persönlich empfängt; allein es dürfte schwer sein, die Regierung über die einzelnen Artikel zur Rede zu stellen, da der „Napoleon" ausdrücklich erklärt hat: „er werde sich zwar bemühen, den Ideen des Präsidenten der Republik so sehr als möglich nahe zu kommen; er mache jedoch nicht den Anspruch, daß seine eigenen Ideen und Worte für die des Präsidenten selbst genommen werden." Das „Journal des Debats" bemerkt sehr treffend zu dieser etwas zweideutigen Erklärung: „Wenn wir recht verstehen, so ist der „Napoleon" ein Journal, das die Regierung nöthigenfalls jedes Mal verläugnen kann, z. B. auf der Tribüne; durch dessen Vermittelung indessen man dem Publikum im Vertrauen und gleichsam in's Ohr Vieles sagen wird, was man nicht gern anders sagen möchte." Wenn daher die besprochenen Interpellationen, von denen ernstlich die Rede gewesen ist, wirklich Statt finden sollten, so läßt sich die Antwort auf dieselben und ihre Resultatlosigkeit leicht voraussehen. Die herausfordernden Manifeste der Präsidentschaft gegen die National-Versammlung werden also trotz des Aufsehens, das sie im Augenblick erregen, für den Augenblick keine weiteren Folgen haben, als die Spannung zwischen den beiden höchsten Staatsgewalten noch zu erhöhen und den endlichen Bruch noch unvermeidlicher zu machen. — Nicht wenig Aufsehen erregen auch zwei Vorschläge, die heute unter den Repräsentanten vertheilt worden sind; der eine von Dahirel (den wir schon im Voraus angekündigt) zur Regelung des Verhaltens der National-Versammlung für den Fall, wo eine Botschaft des Präsidenten der Republik an dieselbe gelangt; der andere von Pradie zur Organisation des gesetzlichen Widerstandes im ganzen Lande im Falle eines Aufstandes, einer Usurpation oder eines Staatsstreiches. Dieser letztere Vorschlag verlangt, daß, wenn durch ein plötzliches gewaltsames Ereigniß, einen Staatsstreich oder einen Aufstand entweder der Präsident der Republik oder die Nationalversammlung in die Unmöglichkeit gerathen sollten, ihre verfassungsmäßigen Gewalten auszuüben, sofort alle Gemeinde-, Kreis- und Departements-Räthe zusammentreten und die provisorische Leitung der Gemeinde-, Kreis- und Departements-Verwaltung ergreifen sollen, wobei die Präfekten und übrigen öffentlichen Beamten, so wie die bewaffnete Macht sich sofort der neuen Verwaltung zur Verfügung zu stellen hätten, die das Recht haben würde, alle Beamten zu suspendiren, abzusetzen und durch andere zu ersetzen. Sämmtliche Einnehmer von Staatsgeldern sollen zugleich gehalten sein, die öffentlichen Steuern bloß in die Hände der Departemental-Verwaltung abzuliefern. Die großen Staatsgewalten werden nach Wiedererlangung ihrer Freiheit in die Ausübung ihrer Autorität über die Departements und Gemeinden wieder eintreten.

— In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ist die Berathung des vielbesprochenen organischen Gesetzes über den öffentlichen Unterricht an der Tagesordnung. Nachdem mehrere Gesetzentwürfe von örtlichem Interesse angenommen worden sind, fordert der Präsident in kurzen Worten die Versammlung auf, zu dieser Debatte, die dessen ganz besonders bedürfe, viel Ruhe und wenig Leidenschaft mitzubringen. Barthelemy St. Hilaire nimmt zuerst das Wort und erklärt, indem er sich als Freund der Unterrichtsfreiheit bekennt, daß dieselbe sich in zwei Hauptpunkten zusammen fassen lasse: in dem Rechte des Staates und dem Rechte der Familie, welches letztere jedoch durch den Staat selbst beschränkt werden müsse. Der Redner verbreitet sich sehr im Einzelnen über die Zusammensetzung der oberen Räthe für den öffentlichen Unterricht. Nach ihm liegt in deren Zusammensetzung ein Mißtrauen gegen den Staat, ein ungerechtes Mißtrauen, welches eine Gefahr verbirgt. Die aus Bischöfen, General-Prokuratoren und Mitgliedern des Instituts gebildeten oberen Räthe verfehlen ihren Zweck, weil es ihnen an Fachmännern fehlt. Der Redner rügt, daß die Kommission aus dem akademischen Rathe die Israelitischen Mitglieder ausgemerzt habe; diese Confession, bisweilen verfolgt, bedürfe der Vertheidigung. Da der Unterrichts-Minister eine Erläuterung dieser letzteren Worte begehrt, so führt der Redner die Thatsache der Dimission des Israelitischen Consistoriums an. Parrieu behauptet, dieser Vorfall stehe mit der Erörterung des Unterrichts-Gesetzes in gar keiner Beziehung; er antwortet jedoch nicht, als der Redner folgenden Vorfall erzählt: Ein israelitischer Professor, für den Lehrstuhl der Philosophie am Collegium zu Bourbon-Vendée ernannt, ward gewaltsam suspendirt, weil der Bischof bei der Nachricht von seiner Ernennung die Kirche des Collegiums mit dem Interdict belegt und dem Priester desselben verboten hatte, Beichte zu sitzen. Eine durch die Erzählung dieses übrigens schon länger bekannten Vorgangs entstandene Aufregung ward durch den Präsidenten schnell beseitigt, welcher den Redner aufforderte, zur Erörterung des Gesetz-Entwurfes selbst zurückzukehren. Der Redner äußerte sodann, daß die Neuerungen der Kommission die Vernichtung der Kommission zum Zwecke hätten. Barthelemy St. Hilaire, zu dem Gesetzentwurfe selbst übergehend, erklärte, daß er die Haupttriebfeder des vorgeschlagenen Mechanismus zur Leitung des Unterrichts in dem oberen Unterrichtsrathe, der den Universitätsrath ersetzen soll, und (da es künftig eben so viele Akademieen als Departements geben soll) in den akademischen Räthen aller Departements erblicke. In der Zusammensetzung dieser Räthe, so wie überhaupt in dem ganzen Entwurfe sieht er die Absicht vorherrschen, den Staat durch das, was man Gesellschaft nenne, zu ersetzen. Er tadelt, daß überall dem Staate, d. h. der Universität, kein genügender Platz eingeräumt sei und behauptet fest, daß die Annahme des Gesetzes, wie es vorgeschlagen sei, der Untergang der Universität von Frankreich sein werde. Der Redner durchgeht nun die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes über den öffentlichen Unterricht. Er findet, daß durch die Bestimmungen über den Elementar-Unterricht, die geistlichen Orden auf eine auffallende Weise vor den Laien bevorzugt werden. Er tadelt ferner u. a., daß von dem Elementar-Unterricht statt denselben zu erweitern, einzelne Gegenstände we z. B. der Gesang und das Turnen, entfernt werden sollen. Als er gelegentlich erwähnt, daß vor dem Unterrichts-Gesetz von 1833 viele Elementarlehrer weder lesen noch schreiben oder wenigstens nicht orthographisch schreiben konnten, unterbricht ihn Montalembert mit dem Ausruf: „Das war besser, als die Orthographie in gewissen Briefen, die der „Constitutionell" veröffentlicht hat!", was lebhafte Unzufriedenheiten auf den Bänken der Linken erregt. (Die erwähnten Briefe, von Elementarlehrern geschrieben und von den Behörden aufgefangen, waren sehr obscöner Natur.) In Bezug auf den höheren Unterricht tadelt der Redner u. a., daß der Staat Privat-Anstalten unterstützen, d. h. sich selbst Concurrenz machen soll, ohne daß er auch nur nach dem Projekt des Ausschusses, wie doch selbst das Fallour'sche Project es gewollt habe, Bedingungen dafür vorschreiben dürfe. Der Vortrag Barthelemy's ist noch nicht zu Ende, gleichwohl wird die Sitzung bei fast schon leeren Bänken um 6¼ Uhr geschlossen und die Fortsetzung seiner Rede auf morgen angesetzt.

Spanien.

Madrid, den 6. Januar. (Berl. N.) Gestern fand die Ausbietung zur Versteigerung der 33,585 Ctr. Quecksilber aus den Gruben von Almaden und Almadenejos statt, welche in London niedergelegt sind. — Am 4. beging die sogenannte „ökonomische Gesellschaft" eine große Feier, indem bei derselben die Preise vertheilt wurden, welche für die Zöglinge der Primär-Schule bestimmt waren. Der Handelsminister hatte den Vorsitz: zu seiner Rechten saß der Vorsitzende der Gesellschaft, D. M. Seoane, und zur Linken die Wittwe Herzogin v. Gor, welche den Vorsitz in dem Comité der Ehrendamen führt, die zur oben erwähnten Gesellschaft gehören. Es wurden Prämien an Knaben und Mädchen vertheilt, so wie an Lehrer und Lehrerinnen der 39 Anstalten, die sich zur Preisbewerbung gemeldet hatten.

Portugal.

Die Königin hat die Kammern am 2. Januar in Person durch die Thronrede eröffnet.

Kammer-Verhandlungen.

101ste Sitzung der ersten Kammer vom 19. Januar.

Tagesordnung: 1) Bericht der Petitions-Commission. 2) Bericht der Commission über die Revision der Verordnung vom 9. Februar 1849, die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der Gewerbe-Ordnung betreffend. Eröffnung der Sitzung: 10¼ Uhr. Vorsitzender: Präsident von Auerswald. Auf der Ministerbank befinden sich: Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Rabe, Regierungs-Commissar v. Aster. Der Petitionsbericht wird in der hergebrachten Weise erledigt. Der Bericht über die Verordnung vom 9. Februar, der sehr umfangreich (33 Seiten lang) und sehr gründlich bearbeitet und mit reichen statistischen Daten versehen ist, wird vom Referenten, Abg. Dieterici, verlesen. Die Commission entscheidet sich in dem allgemeinen Theil des Berichtes dahin: „daß die Verordnung vom 9. Februar einen zeitgemäßen, wichtigen Zweck verfolge, der nach vielen Petitionen von den Gewerbtreibenden in der Monarchie, die zusammen den vierten Theil der Bevölkerung ausmachen, neuerdings lebhaft gewünscht werde, daß die Verordnung zur Regulirung und Ordnung der Gewerbe wohlthätige Bestimmungen enthalte, die in einem innern Zusammenhange stehen und einem Bedürfnisse entgegen kommen, welches seit einer langen Reihe von Jahren sowohl von gewerblichen Korporationen, als von Kommunalbehörden und sämmtlichen Provinzialständen wiederholt und ernst zur Sprache gebracht sei, und daß daher die Annahme der Verordnung im Allgemeinen wünschenswerth erscheine."

Die allgemeine Debatte eröffnet der Abg. Kupfer; er ermahnt die Regierung, auf dem in der Verordnung bereiteten Wege nicht weiter vorzuschreiten, und nicht noch mehr Beschränkungen der Gewerbefreiheit zuzulassen. Die Kleidungsstücke und täglichen Bedürfnisse müßten vor Allem leicht zugänglich und billig sein. Mit der Gewerbefreiheit hätte Preußen eine Gewerbe-Ausstellung zu Stande gebracht, die unter dem früheren Zunftsystem eine Unmöglichkeit gewesen wäre. Es wäre also entsetzlich, wenn die Bahn der Freiheit jetzt durchbrochen würde und die Einzelinteressen das Uebergewicht bekämen über die Gesammtinteressen.

Abg. Hansemann: Ich werde für das Gesetz stimmen, nicht weil dasselbe gut ist, sondern damit man durch die Erfahrung zu der Erkenntniß komme, daß einzelne Bestimmungen desselben für die Gewerbefreiheit und die Industrie nachtheilig und schädlich sind. (Heiterkeit. Zustimmung.)

Abg. Wachler: Ich stimme für das Gesetz in allen seinen Theilen. Es handelt sich hier nicht um die alten Zünfte. Die neue Zeit verlangt neue Institutionen. Der Gewerbestand verlangt eine Regelung seiner Verhältnisse, er will gute Meister haben und die Industrie sichern, ohne die Concurrenz zu gefährden. Dies gewährt die Verordnung. Ist sie mangelhaft, so müssen wir ihren Ausbau von der Erfahrung erwarten. Jedenfalls ist sie von den Gewerbtreibenden und Handwerkern mit Freuden begrüßt worden. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme des Gesetzes im Ganzen.

Abg. Milde empfiehlt ebenfalls die Annahme des Gesetzes, sowie Abg. Matthies; Abg. Baumstark weist auf seinen Wahlkreis hin, auf Neuvorpommern, wo bis 1845 das Zunftwesen bestand, wobei sich die Bevölkerung und der Handwerkerstand gut befand, und wo nach Einführung der Gewerbefreiheit die lautesten Klagen und Ausbrüche der Verzweiflung sich vernehmen ließen. Man müsse aber die Wirkung nicht mit der Ursache verwechseln. Die Richtung unserer Zeit sei, daß der große Gewerbsbetrieb sich hebe. Diese Richtung könne man durch keine Gesetze hindern. Dadurch häufe sich Kapital und Arbeit in den Händen weniger Unternehmer. Die Wohlhabenden gehen aus den kleinen in die großen Städte. Der Handwerker in der kleinen Stadt verliert dadurch, und so kommen die kleinern Städte immer mehr herunter. So sei es auch auf dem Lande, wo außerdem die ungleiche Besteuerung von Stadt und Land noch zu berücksichtigen sei. Ueberall werde der große Gewerbebetrieb mehr begünstigt, als der kleine und mittlere. Die technischen Erfindungen, die ingeniöse Arbeitstheilung und das Kapital kommen vorzugsweise dem großen Gewerbetriebe zu statten. Nun verlangen die kleinen Handwerker, den großen Gewerbbetrieb ihnen vom Halse zu schaffen. Dadurch würden aber nur noch mehr Uebelstände entstehen. Die alten Zünfte dürfen nicht wiederhergestellt werden, sie seien schon im alten Deutschen Reich von den Regierungen angegriffen worden, meist zwar aus politischen Gründen, doch kam das System der Gewerbefreiheit den Regierungen dabei sehr zu statten. Das Prinzip der Zünfte sei aber nicht das Privilegium, sondern die Association im germanischen Sinne. Es sei daher nicht zu rechtfertigen, daß die Gesetzgebung von 1810 das ganze Zunftwesen, mit dem Guten, was es enthielt, über den Haufen geworfen habe. Die Gewerbefreiheit sei also nicht ein Gegensatz zum Zunftwesen, sie verlange aber ebenso, wie die politische, der Organisation. Doch seien die Forderungen der Gewerbetreibenden nicht zu erfüllen. Freiheit und Beschränkung müßten sich gegenseitig ergänzen. In diesem Sinne sei die Verordnung vom 9. Februar im Ganzen nur zu empfehlen. Dabei müssen aber die Beschaffung des Absatzes, Verbesserung des Kreditsystems, Zerschlagung von Gütern, Unterrichtswesen in gewerblicher Hinsicht, vor Allem aber die Kräftigung der edleren Geister in den Innungen wohl ins Auge gefaßt werden. Er stimme daher für den Gesetzentwurf.

Handelsminister v. d. Heydt bemerkt, daß die Verordnung einen freudigen Eindruck bei dem Gewerbestande und bei den arbeitenden Klassen hervorgebracht habe. Die Regierung wollte durch dieselbe den gewerblichen Corporationen die Möglichkeit gewähren, den Nachtheilen der Gewerbefreiheit entgegenzuarbeiten, und Organe für eine genauere Kenntniß der Verhältnisse des Gewerbestandes schaffen. Es habe sich die Verordnung überall so wirksam gezeigt, daß viele Stimmen, welche zuerst dagegen waren, sich jetzt dafür erklärten.

Hierauf wird der Schluß der allgemeinen Debatte angenommen.

Bei der speziellen Debatte werden sämmtliche §§. des Gesetzes ohne erhebliche Bemerkung angenommen.

Zum Schluß erhält der Antrag der Kommission: „1) es anzuerkennen, daß für die Erlassung des Gesetzes vom 9. Febr. c., betreffend die Errichtung von Gewerberäthen und verschiedene Abänderungen der allgemeinen Gewerbeordnung, im Sinne des Artikels 105. der Verfassung, eine dringende Veranlassung vorgelegen habe, und 2) der vorgedachten Verordnung die verfassungsmäßig erforderliche Genehmigung zu ertheilen;" ohne Debatte die Zustimmung der Kammer.

Schluß der Sitzung: $2\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung: Unbestimmt.

86ste Sitzung der zweiten Kammer vom 18. Januar.

Präsident Graf Schwerin. Eröffnung der Sitzung $11\frac{1}{2}$ Uhr.

Von Ministern ist Herr von Manteuffel anwesend, später von Brandenburg, von Strotha, v. d. Heydt und Rabe.

Der Präsident theilt mit, daß Seitens der Staatsanwaltschaft in Stettin in einem bei dem Präsidio eingegangenen Schreiben beantragt werde, die Kammer wolle die Verfolgung der Redaktion der Ostseezeitung, wegen eines die Kammer angeblich beleidigenden Artikels, genehmigen. In dem Artikel wird der Kammer vorgeworfen, sie habe sich eines politischen Diebstahls an den heiligen Rechten der Nation schuldig gemacht. — Die Kammer verweigert die Genehmigung.

An der Tagesordnung ist der Bericht über die Bewilligung einer Zinsgarantie des Staats für die Aktien der Düsseldorf-Aachener und der Ruhrort-Crefeld-Kreis-Gladbacher Eisenbahngesellschaft. Die Finanzkommission hat dieser Bewilligung ihre Zustimmung ertheilt.

Der Berichterstatter Riedel warnt davor, eine kurzsichtige Sparsamkeit bei Anlagen walten zu lassen, die das Kapital materiell und geistig tausendfach einbringen. Die Eisenbahn sei ein wichtiges Glied unseres Transportsystems, sie eröffne dem reichsten unserer Fabrikdistrikte den Weg zu den größten Handelsorten.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Der Preußische Staat hat bei seiner Zerstückelung ein doppeltes Interesse für rasche Communikationen. Aber die drei großen Bahnen nach Aachen, Königsberg und Breslau genügen zur Centralisation. Hier handelt es sich nur um ein Lokal-Interesse. Unter den gegenwärtigen Finanzverhältnissen, wo der Staat sogar den armen Schullehrern in Form einer Klassensteuer Gehaltsabzüge macht und Eigenthümer ohne Entschädigung beraubt (Murren), ist es nicht Zeit, auf ein solches Interesse die Staatsmittel zu verwenden. Die Gegenden, um die es sich handelt, sind reich an Capital, so wie an den physischen Bedürfnissen des Eisenbahnbaues. Man wende lieber ärmeren die Staatsgarantie zu.

Abg. Klaessen. Die in Rede stehenden Eisenbahngesellschaften begehren nichts, als daß die allgemeine Regel auf sie angewendet werde; unsere Regierung ist allen Eisenbahnen in der Crisis der letzten Zeit zu Hülfe gekommen; man darf die Eisenbahnen nicht bloß als Privatunternehmungen betrachten; die Regierung hat die Concessionen von Anfang an nach commerciellen und politischen Rücksichten ertheilt. Es handelt sich auch nicht um vage Projekte, sondern um angefangene Unternehmungen, die die sichere Aussicht des Gelingens haben, aber in augenblicklicher Crisis der Hülfe bedürfen. Die Garantie wird wahrscheinlich nur nominell sein.

Abg. v. Patow hebt die Bedeutung der genannten Bahnen für die ganze Monarchie hervor. Sie verbinden unsere Industriegegenden mit den belgischen Häfen und es ist Aussicht, daß sie bis Rotterdam verlängert werden würden. Auch militärisch sind sie von größter Wichtigkeit. Sie haben daher den begründetsten Anspruch auf Staatsunterstützung. Ein Nachtheil für die rheinischen Bahnen durch die Concurrenz ist nicht zu fürchten, eher Vortheil zu hoffen. Ohne die Hülfe des Staats aber wird die Bahn unvollendet bleiben. Die Aktionäre sind zum Theil absolut außer Stande zu zahlen. Es ist zu bedauern, daß die Sache nicht schon bei Gelegenheit der Ostbahnfrage mit zur Sprache gebracht ist; dann würde man gesehen haben, wie es sich um ein einziges Prinzip handelt. Will man dies, das bisher consequent verfolgt ist, bei zwei kurzen Bahnen verlassen?

Abg. v. Röder klagt das Ministerium der Vernachlässigung des leidenden Ostens gegen den Westen an. Er stimme für die verlangte Staatsgarantie, aber er erwarte, daß der Breslau-Posener Bahn dieselbe Sorge zu Theil werde. (Bravo.)

Minister des Handels. Das Ministerium hat sich von der Betrachtung leiten lassen, daß die in Frage stehenden Eisenbahnen die einzigen bereits in Angriff genommenen sind, die der Staat nicht garantirt hat. Die lokalen Industrie-Interessen jener Gegenden sind zugleich allgemeine. Die Regierung will nicht den Aktionären eine Wohlthat erweisen, sondern die Bahn zu Stande bringen. Sie ist bereit, auch die Breslau-Posener Bahn auf alle Weise zu befördern; die Vorarbeiten sind bereits einer Commission zur Berathung überwiesen; wenn sie fertig sind, werde ich der Kammer eine Vorlage darüber machen. Auch für die Chausseebauten im Osten sind sehr bedeutende Summen bereits festgesetzt. Die Rentabilität der Bahnen, wovon es sich gegenwärtig handelt, glaubt die Regier. nach den bisherigen Erfahrungen voraussetzen zu dürfen. — Der Präsidentenstuhl ist indessen vom Vicepräsidenten Simson eingenommen. Der Schluß der Diskussion wird angenommen. Nach einem langen Resumé des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten und die Zustimmung zu der verlangten Garantie mit großer Majorität ertheilt. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist das nochmals an die Commission zurückgegangene Rentengesetz. Die Kammer hatte zu §. 64 des Ablösungsgesetzes das Amendement von Patow angenommen, daß der Berechtigte, auch wenn der Verpflichtete den 18fachen Betrag baar zahlen will, doch statt dessen den 20fachen Betrag in Rentenbriefen verlangen kann, wo dann der 18fache Betrag des Belasteten an die Staatskasse gezahlt wird. Um diesen Beschluß in das Gesetz mit aufzunehmen empfiehlt die Commission, den als ersten Theil des Gesetzes zusammengefaßten ersten 59 §§. einen zweiten Theil beizufügen, der die Ausführung jener Festsetzungen in sich begreift; mit der Modifikation, daß statt der Rentenbriefe 4procentige Staatsschuldscheine, eintreten sollen.

Der Berichterstatter Bauer (Stargardt) motivirt diesen Antrag.

Abg. v. Patow spricht gegen die Umwandlung der Rentenbriefe in Staatsschuldscheine, da diese nicht auf gleichen Sicherheiten ruhten. Der Redner empfiehlt statt jener weitläufigen Umgestaltung des Gesetzes ein Amendement zu §. 9 in dem angegebenen Sinne, nebst einigen Zusätzen zu §. 18, 21 und 59.

Die Kammer tritt dem Antrage des Abg. v. Patow bei. Schließlich werden einige nur auf Specialitäten sich beziehende Amendements zu §. 49, 50 und 58 desselben Gesetzes discutirt. In den meisten Punkten bleibt es beim Kommissionsantrage; nur zu §. 50 wird ein Amendement von Schwarz angenommen.

Schluß $3\frac{1}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Locales ꝛc.

Posen. — Wie wir hören, ist die Theilnahme an den Sonnabend und Sonntag fast in allen Bezirken der Stadt veranstalteten Versammlungen zu den Erfurter Vorwahlen außerordentlich gering gewesen.

Posen, den 15. Jan. Die Polnische Bevölkerung ändert fast jeden Augenblick ihre Absichten in Bezug auf die Reichstagswahlen. Bei der Abstimmung, welche ich Ihnen heute mittheile, dürfte es jedoch sein Bewenden haben. Die Hauptdirektion der Liga hat nämlich erklärt, grundsätzlich sei sie zwar gegen die Beschickung des Reichstages, um aber gegen die Incorporirung Posens in Deutschland protestiren zu können, sei es rathsam, einen Deputirten nach Erfurt zu schicken. Die nöthige Instruktion werde sie (die Liga) demjenigen Kreise, von welchem der Abgeordnete gewählt werden solle, sofort zusenden.

Die Gazeta polska sagt: Wir wollen die bereits so sehr schwankend gemachte öffentliche Meinung nicht noch mehr irre führen und rathen deshalb, dem Beschlusse der Haupt-Direktion der Liga und deren Abgeordneten in Berlin beizutreten. Wenn es aber noch Zeit wäre, so möchten wir sowohl der Hauptdirektion der Liga, als unseren Abgeordneten rathen und sie bitten, nochmals zu erwägen, ob, von dem Standpunkte der Protestation durch Nichtwählen ausgehend, so wie, um die Begriffe des Volkes nicht zu verwirren, es nicht angemessener wäre, in gar keinem Kreise wählen zu lassen.

Am 7ten d. M. ist von dem hiesigen Handwerkerverein beschlossen worden, 1) den Handwerker-Congreß in Stettin, welcher daselbst, auf Anregung des Handwerker-Vereines zu Magdeburg, in der Mitte des Februar d. J. zusammentreten soll, zu beschicken; 2) vorher einen Provinzial-Congreß zu berufen, um sich mit den Lokalvereinen gehörig zu verständigen.

Posen, den 19. Januar. Sicherem Vernehmen nach ist heute Nr. 6. des »Wielkopolanin« auf Grund der §§. 17. und 18. des Preßgesetzes vom 30. Juni 1818 konfiscirt und der Staatsanwaltschaft zum weitern Verfolg übergeben worden. Dieses Blatt hat schon öfters dasselbe Schicksal erfahren, weil es nicht nachläßt, namentlich unter seinen, den niedern Ständen angehörigen, Lesern Haß, Feindschaft und Aufregung gegen die Deutschen anzufachen und sie mit Mißtrauen gegen das Gouvernement zu erfüllen. So schwer es dem Wielkopolanin auch werden mag, dem Poln. Landmanne alle die heilsamen Institutionen der Preuß. Regierung, denen er Eigenthum, Freiheit, Selbstständigkeit und einen gewissen Wohlstand verdankt, zu verdächtigen, so läßt er doch kein Mittel unversucht und keine Gelegenheit unbenutzt, mit religiösem Zelotismus, der so gern die Begriffsverwechselung von Religion und Nationalität für seine Zwecke ausbeutet, auf die Gemüther der rohen und ungebildeten Masse aufwiegelnd einzuwirken, was ihm aber bisher nur in den seltensten Fällen gelungen ist.

÷ Samter, den 18. Januar. Auch bei uns herrscht dies Mal eine große Lauheit in Bezug der bevorstehenden Wahlen nach Erfurt. Wenn sonst schon einige Wochen zuvor die beiden Nationalitäten, Deutsche und Polen, in Versammlungen sich zu berathen pflegten, ob und wer gewählt werden sollte, so ist bis jetzt noch nichts Derartiges geschehen. Unser Magistrat hat öffentliche Bekanntmachungen Behufs Anfertigung von Wahllisten ergehen lassen, aber Niemand scheint sich darum zu bekümmern. Es ist vielmehr den Meisten gleichgültig, ob sie in der Wahlliste mit aufgenommen, oder ausgelassen werden. Ueberhaupt beschäftigt man sich hier wenig mit politischen Dingen, und Deutsche und Polen fangen an, sich nach und nach wieder brüderlich die Hand zu reichen. Letzteres zeigt sich nicht nur im Geschäftsverkehr, sondern auch in gesellschaftlichen Beziehungen. So wurde z. B. in dieser Woche eine Schlittenparthie nach dem eine Meile von hier gelegenen Städtchen Obersitzko veranstaltet, wobei Deutsche und Polen sich betheiligten. Bei dieser Gelegenheit wurde gemeinschaftlich gegessen und getrunken, getanzt, gelacht und gescherzt, woran im vorigen Jahre bei der politischen Bewegung nicht zu denken war.

In unserer Umgegend ist solch heftiges Schneetreiben, daß die Kommunikation auf der Eisenbahn zwischen hier und Posen schon seit 3 Tagen unterbrochen ist. Bei Rokitnica ist ein Zug förmlich im Schnee begraben. Um denselben fortzubewegen, sind mehrere Lokomotiven vorgelegt, auch viel Arbeiter zum Wegschaffen des Schnees in Thätigkeit gesetzt worden, aber alles erfolglos. Die Züge von Stettin kommen zwar bis Samter, aber auch sehr unregelmäßig. Von hier aus muß demnach der Transport bis Posen durch die Post bewerkstelligt werden.

Berichtigung des in No. 12. dieser Zeitung enthaltenen Artikels: Birnbaum, den 10. Januar. Das Birnbaumer Kreis-Wochenblatt, welches seinen siebenten Jahrgang begonnen, hat in der letztern Zeit nicht nur an Abonnenten nicht verloren, sondern, wie dies jeden in reeller Absicht sich dafür Interessirenden nachgewiesen werden kann, im Gegentheil an Abonnenten zugenommen. Diese Thatsache maßt sich aber die Redaktion nicht als Verdienst an, sondern schreibt dieselbe dem gesunden Sinn für Wahrheit und Recht zu, der sich jetzt überall Bahn schafft. Hiermit ist zugleich faktisch die Behauptung widerlegt, daß das gedachte Blatt an Werth verloren habe. Dasselbe benutzt zuweilen die angegebenen Quellen, dahingegen das patriotische Wochenblatt aus der Vossischen und Kreuzzeitung seine Inspirationen erhielt.

Die Enthüllung, daß manche Nummern wegen pöbelhafter Artikel öffentliches Aergerniß erregen, ist der Redaktion etwas Neues. Wenn einige Artikel wegen ihrer schlagenden Wahrheit dem Kreuzzeitungs-Anhange mißliebig sind, so hat die Redaktion sich nie zur Pöbelhaftigkeit dieses Genre verirrt. Eben so fremd sind ihr lügenhafte Behauptungen, wovon wieder der qu. Artikel nicht frei ist. Es heißt darin, daß die Kosten des „patriotischen Wochenblattes für den Kreis Birnbaum" so und so gedeckt worden sind. Dies ist aber schnurstracks der Wahrheit zuwider, da für dasselbe noch ein bedeutender Theil Druckkosten im Rückstande ist, der wahrscheinlich auf gerichtlichem Wege wird eingeklagt werden müssen, und dies ist wohl der wahre Grund, daß jenes Blatt nicht weiter erschienen ist.

Eben so gröblich erlogen ist es, daß das Birnbaumer Kreis-Wochenblatt nicht unbedeute Geldzuschüsse zur Bestreitung der Druckkosten von den Demokraten erhalte; dies Blatt erhält sich durch sich selbst.

Wenn der Verfasser des qu. Artikels für sich und seine Partei den Ehrennamen Patrioten, wie geschehen, im Gegensatze zu dem Publikum des Kreis-Wochenblattes in Anspruch nimmt, so sind wir dies von dieser Partei schon überall gewohnt. Es ist eine Partei, die einen Grafen Bresler, einen Ohm und Consorten zu ihren Coryphäen zählt; eine Partei, die sich durch ihre Thaten selbst gerichtet; eine Partei, deren Machinationen dem „Birnbaumer Kreis-Wochenblatte" noch mehr Verbreitung im Publiko verschafft haben.

Die Redaktion des Birnbaumer Kreis-Wochenblattes.
Wilhelm Fritzsche.

☐ Ostrowo, den 16. Januar. In der heutigen fünften Sitzung des Schwurgerichts befand sich der Lehrer Franz Grzeszizakowski aus Ollabok auf der Bank der Angeklagten, sein Defensor war Referendarius v. Paluszkiewicz aus Posen. Der Angeklagte wird beschuldigt: Beim Ausbruch der Insurrekton sich mit einer Sense bewaffnet und im Freudenrausche dieselbe geküßt; die Bauern in Ollabok, Gostylin ꝛc. zum Widerstande gegen Preußisches Militair aufgereizt; Landwehrleuten, die einberufen worden, abgerathen, der erhaltenen Ordre Folge zu leisten; den Landrath Roeder und den Distriktskommissarius Spitzbuben und Räuber genannt, und über den König geäußert zu haben, daß er täglich besoffen und nunmehr ganz ohne Macht sei. Selten sind einem Angeklagten so vielfache Vergehungen zur Last gelegt und Alles sah in gespannter Erwartung dem Verfolg der Verhandlung entgegen. Inkulpat bestritt alle Anschuldigungen und räumte nur ein, geäußert zu haben, es beständen keine Behörden mehr, und selbst zu dieser Aeußerung wäre er nur durch den Umstand veranlaßt worden, daß er genöthigt gewesen, seinen Lebensunterhalt sich zu erbetteln. Einer Majestätsbeleidigung habe er sich nicht schuldig gemacht, indem er mit jener Aeußerung der Trunkenheit nicht den König, sondern einen in Ollabok wohnenden, allgemein als Trunkenbold bekannten Król — (zu deutsch König) — bezeichnet habe. Diese mit einer gewissen Dreistigkeit abgelegte Erklärung erregte allgemeine Heiterkeit, die vom Vorsitzenden gerügt wurde. Zwei der vernommenen Zeugen wollen sich nicht mehr des genauen Wortlautes erinnern und deshalb bei ihrer, im Juni 1848 in der Voruntersuchung zu Protokoll gegebenen Erklärung stehen bleiben. Der eine Zeuge, Jungmann, schloß mit den Worten, wenn ich es früher so ausgesagt habe, so ist es so, heute kann ich mich dessen nicht mehr erinnern; beide aber, so wie auch der dritte Zeuge, Wadepohl, bekunden vom Angeklagten die Aeußerung gehört zu haben, der König sei täglich besoffen, bestätigten aber gleichzeitig, daß in Ollabok allerdings ein Säufer, Namens Król, wohne und gaben zu, daß er vielleicht den gemeint haben könnte; außerdem bemerkte der letztgenannte Zeuge noch, daß der Angeklagte selbst oft im trunkenen Zustande sich befunden, indem er zu jener Zeit viel getrunken, aber wenig gegessen habe. Der Staats-Anwalt stellt die richtige Bemerkung auf, daß, da man nach Verlauf von zwei Jahren allerdings nicht im Stande sei, gehörte Aeußerungen wortgetreu wiederzugeben, die Aussagen der Zeugen in der Voruntersuchung als glaubwürdig und maaßgebend angenommen werden müßten, wie dies auch, wären sie bereits verstorben, nothwendig sein würde. Erwiesen sei aber, daß der Inkulpat jene Aeußerung gethan und er stelle es dem Gutachten der Geschworenen anheim, zu entscheiden, ob derselbe wirklich nicht den König, sondern den Säufer Król, gemeint habe. Der Defensor bestreitet die Betheiligung des Angeklagten am Aufruhr, findet die Zeugenaussagen mangel- und zweifelhaft, am allerwenigsten aber hätten sie zu bekunden vermocht, ob der Inkulpat damals in zurechnungsfähigem Zustande gewesen sei. Hierauf geht er zur Amnestie Ordre vom 9. Oktober 1848 über, führt an, daß gerade nur die Lehrer als Repräsentanten der Intelligenz, hiervon ausgeschlossen worden

wären, daß aber die Geschworenen die Verhältnisse der Angeklagten berücksichtigen und bedenken sollten, daß, wenn Krauthofer-Krotowski vor den Assisen freigesprochen wäre, der Angeschuldigte es um so mehr verdiene. Darin freilich hatte der Defensor Recht. Die Geschworenen sprachen auch, zur Verwunderung Vieler, das „Nichtschuldig" aus.

☧ Dobrzyca, den 20. Januar. Die Urwahlen zum Erfurter Parlament, die so nahe bevorstehen, haben in hiesiger Gegend auch noch nicht die mindeste Wahlagitation hervorgerufen. Der größeste Theil der Urwähler ist indifferent, weil unbekannt mit dem Zweck des Erfurter Parlaments. Die Wenigen, die wissen, worum es sich handelt, lassen die Sache gleichgültig ihren Weg gehen, weil sie voraussetzen, daß das Parlament zu Erfurt eben so wenig zu Stande bringen wird, als das Frankfurter, besonders, nachdem die den Preußischen Kammern gemachten ministeriellen Vorlagen bekannt geworden sind. Ein Kampf der beiden Nationalitäten, der bei den früheren Wahlen so heftig geführt wurde, ist diesmal kaum zu erwarten, weil die Deutschen, wenn auch in der Mehrzahl, den Kampfplatz ohne alle Organisation betreten werden. Der Gegenpartei wird daher der Sieg, wenn sie sich überhaupt an der Wahl betheiligt, voraussichtlich sehr leicht werden, um so mehr, als die Polnischen Urwähler in der Stadt und in deren nächster Umgebung wohnen, während die Deutschen Urwähler größtentheils eine halbe Meile zu gehen haben, was sie warscheinlich unterlassen werden, da der bedeutende Schneefall fast alle Kommunikation hemmt. — Reklamationen gegen die Wahllisten werden namentlich Seitens der Landbewohner kaum stattgefunden haben, da die Listen nicht in den einzelnen Gemeinden, sondern in dem für die meisten Urwähler 1 bis 2 Meilen entfernten und außerhalb des Wahlbezirks liegenden Büreaus des Distrikts-Commissarius ausgelegt waren.

8 Xiąz, den 18. Januar. Am 16. Jan. d. J. wurde ein, der Commune Xiąz angehöriges, verkrüppeltes Frauenzimmer aus einem benachbarten Dorfe erfroren nach der Stadt gebracht, obgleich einige Tage vorher der menschenfreundliche Seelsorger den Magistrats-Dirigenten auf die Unterbringung dieser unglücklichen Person vergeblich aufmerksam gemacht hatte.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 20. Januar.

Lauk's Hôtel de Rome: Frau Gutsb. v. Knorr a. Gutowy; die Kaufl. Paaschke und Cohn a. Berlin.

Hôtel de Bavière: Die Gutsb. Ignalski a. Kwiatkowo u. Skorzewski a. Ruszoczyca; Kfm. Lewis a. London.

Bazar: Gutsb. Ign. Modlinski a. Walentinowo; Auskultator Joseph Mielżyński a. Chobienice.

Schwarzer Adler: Kfm. Schereck a. Stettin; Kand. der Theol. Nesse a. Lang-Goslin.

Hôtel de Dresde: Kfm Jungfer a. Gnesen; die Gutsb. Kulak a. Schwerin u. Klinke a. Rokitten.

Hôtel de Berlin: Kfm Kleemann a Mainz; die Gutsb. C. Stock u. Baron v. Lützow a. Mur. Goslin.

Große Eiche: Kommissarius Choynacki a. Górka.

Vom 21. Januar:

Lauk's Hôtel de Rome: Die Gutsb. Graf Potworowski a. Deutsch Presse; Beuther a. Jedziwejewo u. v. Czarnecki a. Gogolewo; Oberförster Lehn a. Jarocin; die Kaufl. Clemann a. Mainz; Müller a. Köln; Frankenstein u. Laue a. Berlin; Nolstein a. Leipzig.

Hôtel de Bavière: Gutsb. v. Milkowski a. Drobnin; Gutsp. Sturzel a. Sobiesiernie; die Kaufl. Christem a. Stettin; Simon und Heppner a. Berlin.

Bazar: Die Gutsb. Radoński P. a. Rzegocin; Radoński A. a. Krzulice; Niegolewski a. Niegolewo; Dąbrowski a. Winagóra u. Mikorski a. Dzierząno.

Hôtel à la ville de Rome: Fräul. Ahlentz a. Dresden; Kfm Pakawski a. Ahrenswalde; die Gutsb Lubinski a. Wlokno; v. Moszczyński a. Jeziorek; Wirthsch.-Kommiss. v. Długolęski a. Turew.

Hôtel de Paris: Gutsb. Krzyżanowski a. Murzynowo; Kaufm. Rost a. Wreschen.

Hôtel de Berlin: Oberförster Sawinski a. Syradno; Sekr. Krieger a. Kozmin; Oberamtm. Schultz a. Bielewo; Kfm. Hamburger a. Schmiegel; Gutsb. v. Mrożynski a. Chwalkowo.

Hôtel de Hambourg: Die Bürger Radoński a. Bieganowo; Nowacki a. Gnesen u. Szafarkiewicz a. Dzierznica.

Hôtel de Pologne: Steuer-Inspektor Kröber a. Schwerin a. W.

Im Eichenkranz: Die Kaufl. Roschwitz a. Ober Glogau; Witkowski a. Stettin; Breslow u. Cohn a. Berlin.

Im eichnen Born: Die Kaufl. Herzfeld a. Grätz u. Warschauer a. Stęszewo; Schuhmachermeister Wilmienowicz a. Schrimm.

Im Reh: Bürger J. Cisielski a. Pyszew.

Markt-Bericht.

Berlin, den 19. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 26—28 Rthlr., pr. Frühjahr $26\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $26\frac{1}{2}$ G., pr. Mai-Juni 27 Rthlr. Br., $26\frac{3}{4}$ G., Juni-Juli $27\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $27\frac{1}{2}$ G. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16—18 Rthlr., pr. Frühjahr 50pfd. 16 Rthlr. Erbsen, Kochwaare 34—40 Rthlr., Futterwaare 29—32 Rthlr. Rüböl loco $13\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Januar $13\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{4}$ G., Jan.-Febr. $13\frac{1}{8}$ Rthlr Br., 13 G., Febr.-März 13 Rthlr. Br., $12\frac{5}{6}$ G., März-April $12\frac{11}{12}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{4}$ G., April-Mai $12\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $12\frac{2}{3}$ bez. u. G. Leinöl loco 12 Rthlr. Br., pr. März-April $11\frac{7}{12}$ Rthlr., April-Mai $11\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $11\frac{2}{3}$ G. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{2}{3}$ a $12\frac{5}{6}$ Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{3}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 14 Rthlr. bez., pr. Januar $14\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 14 G., Febr.-März $14\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{8}$ G., März-April $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G., April-Mai $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $14\frac{2}{3}$ G., Mai-Juni $15\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 15 G., Juni-Juli $15\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $15\frac{1}{4}$ bez. u. G., Juli-Aug. $15\frac{5}{8}$ Rthlr. Br., $15\frac{1}{2}$ G.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.